

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebührt für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 14. Juni 1924

Nummer 51

Bekanntmachung

Der Deutsche Buchdrucker tarif mit Anhang des Ortszuschlagsverzeichnis befindet sich im Neudruck und wird in den nächsten Tagen erscheinen. Der Preis beträgt pro Exemplar für Mitglieder 25 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf. ausschließlich Porto. Bestellungen sind von den Orten oder Bezirken möglichst gesammelt sofort bei uns aufzugeben.

Der Verbandsvorstand

Pfingstbotschaften des Jahres 1924

Das spätkommende Pfingstfest in diesem Jahre hat es mit dem durch einen überlangen und harten Winter zurückgehaltenen Prozesse in der Natur gehalten: mit einem Male großes, zum Teil gar nicht erwartetes Geschehen, mit einem Male Vorwärtsdrängen, mit einem Male Entwirrung gordischer Knoten und mit einem Male wieder Ausblicke auf Wiederaufrichtung der Gesehstafeln der Menschheit und der Menschlichkeit. Mit einem gedrängten Rundblick auf politische Wandlungen, auf gewerkschaftliche und andre Tagungen sowie auf damit zusammenhängende wirtschaftliche Vorgänge, die in der Woche vor Pfingsten, über Pfingsten und in den ersten Tagen nach Pfingsten sich abspielt oder um diese Zeit stattgefunden haben, glauben wir einem Bedürfnis unsrer Leser nach nicht schablonenbakter Unterrichtung zu entsprechen. Es ist aber nicht alles in einem Artikel unterzubringen. Dieses und jenes wird wohl auch noch einer näheren Behandlung unterzogen werden müssen, sobald sich ein volles Bild aus verschiedenen Darstellungen gewinnen läßt.

Wenn man sich alles genauer bezieht, dann führt das große Leiden dieser Welt und wahrhaftig nicht zuletzt bei uns in Deutschland auf den Grund zurück, den Mahan mit diesen Worten aufseigt: „Jedermann sucht Gewinn und liebt mehr oder weniger das Geld, aber die Art und Weise, wie Gewinn gesucht wird, übt einen bedauerlichen Einfluß aus auf den Gang des Verkehrslebens und auf die Geschichte eines ganzen Volkes, ja einer ganzen Rasse“. Daß in dieser Beziehung zu Pfingsten eine Ausgiebung des heiligen Geistes in der kapitalistischen Welt stattgefunden hätte, kann trotz der vielfachen befriedigenden Vorgänge ja nicht gesagt werden. Doch ist die Hoffnung gesteigert, daß in der ganzen Welt nun doch besser aus dem Dickicht der internationalen Machtjostrie und der nationalen Demagogie der Boden zu praktischer und völkerverbindender Politik gefunden werden wird.

Zwei Tage vor Pfingsten, am 6. Juni, ist eine politische Klärung in Deutschland eingetreten, die einiges ausmacht von der Falschwahl am 4. Mai durch überwiegende Entscheidung von Reaktionsären ganz rechts und ganz links in das Haus des deutschen Volkes. Die nach drei Wochen einer wahren Affenkomödie von Reaktionsbildung wieder zurückgekehrte Regierung Marx erhielt mit 239 gegen 191 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Damit war nicht von allen zustimmenden Parteien unbedingt Vertrauen zu den bisher regierenden Männern ausgedrückt, sondern es sollte in erster Linie der von der Regierung Marx verfolgte Außenkurs soldhermachen festgelegt werden. In dieser Beschlusung ist Stresemann seinem Lande ein guter und vor allen Dingen brauchbarer Geist. Sonst taugt er nicht viel und ist, wie seine Wahlreden es mehrmals gezeigt haben, ein ganz unwoerksamer Minister, weil er von einem überausen republikanischen Minister weit entfernt ist. Darrcs und Luther, die beiden Oberbürocratemeister, hätte man

noch lieber scheiden sehen, denn sie stehen zu weit rechts. Gehler und Brauns haben es verstanden, sich immer unpopulärer zu machen. Der Reichskanzler selbst ist nicht der Mann, der es mit einer Opposition von Ludendorff bis Ruth Fischer aufnehmen kann, wenn ihm nicht Umstände zuante kommen wie mit dem Dawes-Gutachten, auf dessen Annahme die gesamte Bevölkerung Rheinland-Westfalens bestand, dem auch die Großindustrie ihre Zustimmung gab, und von dem so viel abhängt für Deutschlands wirtschaftliche Wiederaufundung trotz aller noch kommenden schweren Belastungen. Wer gegen die wahre Kreditnot im Interesse der gesamten Wirtschaft — also auch der Arbeiterschaft — ankämpfen, die verkehrte Spekulations- und die übertriebene Preispolitik aber dennoch bekämpfen will, der konnte gar nicht anders, als dem durch Rückberufung der Regierung Marx gegebenen Kurse in der Außenpolitik ausstimmten. Von sozialdemokratischer Seite haben in ständender Weise Löbe und Breitscheid diesen Standpunkt dargelegt und mit der Reaktion scharfe Abrechnung gehalten. Daß es höchste Zeit war, in Deutschland zu einer klaren Stellung zu kommen, hat die am 6. Juni erfolgte Ablehnung einer Anleihe von 100 Goldmillionen an Deutschland für Lebensmittelaufkauf im amerikanischen Senat bewiesen. Dieses Warnungssignal aus Amerika hat auch gezogen, denn auf Amerikas Finanzhilfe ist ja Deutschlands größte Hoffnung jetzt gerichtet.

Im Auslande hatte sich durch das von der Deutschen Volkspartei aufgeführte Trauerspiel wochenlangen Umtriebens der Deutschnationalen zum Eintritt in die Regierung sowie durch die Verwickelung, den eigenen Parteiführer Stresemann wegen seiner Erfüllungspolitik und seiner namentlich in der Wahlzeit erfolgten Verstärkung der Gegnerschaft zu den Deutschnationalen zu opfern, eine gefährliche Atmosphäre neuen und großen Mißtrauens gebildet. Die Wahl des Deutschnationalen Wallraaf zum Reichstagspräsidenten anstelle des von den meisten Parteien wegen seiner Befähigung hochgeschätzten Sozialdemokraten Löbe (unserm Kollegen) war schon ein Gefahrenzeichen. Die von den Deutschnationalen mit allen Mitteln veruchte „Tirvis-Lösung“, d. h. einer rechtsstehenden Regierung mit dem ehemaligen Großadmiral Tirvis als Reichskanzler (in Württemberg wurde inzwischen der Deutschnationale Bazille Staatspräsident), hätte aber alle Möglichkeiten der Befreiung durch ausländische Hilfe, auch der Räumung der besetzten Gebiete, erschlagen. In dieser ersten Situation hat dann die Abstimmung vom 6. Juni klärend und reinigend gewirkt. Die neue alte Regierung der „Marx-Lösung“ hilt sich aber nun, mit den Volksparteikern und den Deutschnationalen nochmals so zu kühnhandeln wie in den Wochen nach der unglücklichen Reichstagswahl.

Die von den Wölfschen und den Kommunisten betriebene Sabotage der parlamentarischen Arbeit, die allerdings im Augenblick der Gefahr des Entzuges der Mäuten unterbleibt, hat wohl schon vielen unter den Millionen von Wählern für diese Parteien die Erkenntnis gebracht, daß sie mit Blindheit geschlagen waren bei ihrer Abstimmung am 4. Mai. Die vier Millionen kommunistische Stimmen sind um so mehr ein Rätsel, als in den Gewerkschaften, bei den Wahlen zu den Verbänden und auf diesen selbst die Kommunisten immer deutlicher an Boden verlieren und schon derbe Niederlagen erlitten haben. Das für die kommunale Arbeit bekannt gewordene neue Moskauer Exzerierement, ein Programm wahrer Zerstörungsbauarbeit, wird diese Klärung noch verstärken.

Beim Zusammentritt des neuen Reichstages ist eine wichtige Aufgabe gegen die soziale und die wirtschaftliche Reaktion in Deutschland an die Regierung gerichtet worden in Form einer sozialdemokratischen Intervention. Ein Auszug daraus würde die Richtung nur abzwängen, wie bringen sie daher im Wollant:

Unsere neue Droht hat die Wölfe zu verführen und eine schwere Arbeitslosigkeit heraufzuführen. Wenn auch die hereditäre nur

beseitigt werden kann durch die schnelle Annahme des Gutachtens der Sachverständigen, so muß die Aufmerksamkeit der Regierung doch darauf hingelenkt werden, daß die Kreditknappheit für die Industrie vergrößert worden ist durch die ausgedehnte Kreditausweitung im Betrage von 800 Millionen Goldmark an die Landwirtschaft, die zum überwiegenden Teil dem Großgrundbesitz zugute gekommen sind. Die Kreditnot der Industrie ist weiter verschärft worden durch die Kreditbedingungen der Banken, die in rücksichtsloser und wirtschaftlich ungerechtfertigter Weise die Spannung zwischen dem Diskontsatz der Reichsbank und den Sätzen auf dem Goldmarkt ausnützen.

Die Gefahren für die Wirtschaft werden gesteigert durch die Politik der deutschen Wirtschaftsführung. Der verheerende Einfluß der Inflationszeit ist noch nicht überwunden. Dies hat die Ausdehnung der gewissenlosen Spekulation in erschreckendem Maße bewiesen. Durch sie ist die deutsche Volkswirtschaft um mehrere hundert Millionen Goldmark geschädigt worden. Die Rückkehr zu genauen Kalkulationsmethoden ist noch nicht erfolgt, das Streben nach Nationalisierung der Betriebe ist kaum noch vorhanden.

Deshalb verschärft sich aufs neue die Absatzkrise. Die Ausfuhr deutscher Waren ist durch eine unumkehrte Monopol- und Kartellwirtschaft gelähmt. Sie schützt die rückständigsten Betriebe und verhindert die zur Steigerung der Exportfähigkeit nötige kaufmännisch-technisch rationelle Betriebsweise und Konkurrenzfähigkeit. Im Inland werden die Abnahmöglichkeiten durch unerhörten Lohndruck und das dadurch bedingte Schwinden der Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten aufs schwerste beeinträchtigt.

Immer aufs neue unternimmt die Industrie, insbesondere die Schwerindustrie, ihre sozialreaktionären Vorstöße. Führende Schwerindustrielle des bestetzten Gebietes schreiten nicht davon zurück, die Hilfe des Generals Degoutte zur Beseitigung des Achtstundentages nachzusetzen. Durch Stilllegung der Betriebe, durch Aussperrung, also durch Sabotage der Produktion, suchen sie ihre unbeschränkte Vorherrschaft wiederherzustellen und die Last der Reparationsrealisation auf die breiten Massen abzuwälzen. In schärfstem Klassenkampf baut das Unternehmertum Löhne und Gehälter immer mehr ab und verlängert die Arbeitszeit.

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die Spitzenorganisation des vereinigten Unternehmertums, hält ihre Interventionsbände zu einem systematischen Vorgehen für die Beseitigung der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens an. Sie reist zur Populierung der Schlichtungsausschüsse an und läßt lieber die Betriebe schlie ßen, als sich ihnen nicht genehmen Tarifverträgen zu fügen.

So tragen diese Kreise die stärkste Schuld am Produktionsrückgang und an der Schädigung der deutschen Wirtschaft. Die Not des Reiches und die Not des deutschen Volkes werden ausgenutzt zur Beseitigung des Schutzes der Arbeitskraft, zum Abbau der Sozialpolitik, zur Unterhöhlung der Stellung der Gewerkschaften. Eine gesunde deutsche Volkswirtschaft aber ist unvereinbar mit der Auslieferung der schaffenden Volksträfte an private Ausbeutung. Die Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist heute mehr denn je der Schutz der Arbeit, des wertvollsten Gutes der Nation.

Angeht dieser volkschädigenden Tätigkeit der sozialen Reaktion fragen wir die Regierung: Ist sie bereit

Erstens: In Übereinstimmung mit den Erklärungen der englischen Regierung das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren?

Zweitens: Die vom Reichstag wiederholt gefaßten Beschlüsse auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auszuführen und die zu derselben Frage vorliegenden umfassenden Vorschläge der Gewerkschaften zu beachten?

Drittens: Gegen den von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und gegen die offene Gesetzes sabotage zum Zweck der Beseitigung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entscheidende Abwehrmaßnahmen zu treffen?

Viertens: Die Schlichtungsausschüsse anzuweisen, die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall für verbindlich zu erklären? Ist sie bereit, die dem entzogenen den Ausführendenbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung sofort zurückzuziehen, um so mehr, da diese mit dem Geiste und dem Wortlaut der Verordnung zum Teil unvereinbar sind?

Fünftens: Von den Besorgnissen der Verordnung über das Kartellverbot Gebrauch zu machen und das Reichswirtschaftsministerium anzuweisen, beim Kartellgericht die Klage auf Aufhebung preisverfeuernder Kartelle einzulegen?

Diese gründliche Anklagerede bildet ein Seitenstück zu der von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden im April an die Reichsregierung gerichteten Eingabe, worüber diese am 19. April mit den Gewerkschaftsvertretern verhandelt hat. Weil Erfolg davon hat bis jetzt noch nicht erzielt. Deshalb muß die sozialdemokratische Partei bei Behandlung

ihrer Interpellation im Reichstag alle Mienen springen lassen. Sie ist jetzt Oppositionspartei und kann mit ihrer dennoch großen Vertretung oft die richtige Entscheidung herbeiführen. Allerdings wird sie in diesem Falle größte Gegnerschaft finden und ist nicht einmal der Unterstützung durch die Kommunisten sicher. Der am 11. Juni in Berlin zusammengetretene Parteitag wird aber die Arbeiterpartei wohl befähigen, die Interessen der Arbeiterschaft in voller Geschlossenheit zu vertreten und die Reaktion in jeder Form zu bekämpfen.

Neben dieser Interpellation hat die sozialdemokratische Partei durch ihre Sachverständigen aber noch eine größere Anzahl von Notwendigkeiten zu Interpellationen und Anträgen verarbeiten lassen. Sie betreffen Proteste gegen die zunehmenden, künstlich konstruierten Landesverratsprozesse, richten sich gegen die wieder aufkommende Klassenjustiz, verlangen bessere Fürsorge für Kranke, Kurzarbeiter, Erwerbslose und Kriegssopfer, verlangen Aufhebung der Mietssteuer und dafür eine einheitliche Wohnungsbaubauabgabe bis zu 10 Proz. zur Förderung des Wohnungsbaues, behandeln die Aufwertungsfrage und wenden sich in scharfer Form gegen den Besoldungsstand, wobei auch Aufhebung des Keunfundsentags für die Reichsbediensteten gefordert wird.

Daß es über alles dies — und auch aus andern Gründen noch — zu einer Reichstagsauflösung kommen kann, diese Möglichkeit besteht. Dann aber wird sich das deutsche Volk nach den Erfahrungen mit diesem „nationalen Reichstage“ wohl doch politisch mündiger erweisen als am 4. Mai.

Viel erfreulicher als in Deutschland ist der große Wandel der politischen Dinge in Frankreich. Die Parlamentswahlen am 11. Mai sind im Gegensatz zu uns gegen die Reaktion ausgefallen. Es ist in Deutschland so viel gespottet worden über die guten Reden, die von vernünftigen Franzosen und speziell auf Arbeiterkongressen von den französischen Delegierten in den Nachkriegsjahren zu hören waren, indes die Gewaltpolitik des machtwahnsinnigen Poincaré immer schlimmer wurde und immer mehr dem Urteil der ganzen Welt trotzte. Da kam, am meisten bewertenswert durch die französische, durch die Kommunisten hart bedrängte Sozialdemokratie, am 11. Mai das Urteil des eigenen Volkes und brachte einen Wendepunkt in der französischen Politik. Poincaré und Millerand, die Förderer und Schrittmacher des Nationalen Blocks, d. h. der Reaktion in jeglicher Gestalt, erlitten eine schwere Niederlage. Die Kommunisten wurden erheblich zurückgedrängt. Der Linksbund erstand. Herriot, der Bürgermeister von Lille, wurde als Führer eines Kabinetts der Linken ausersehen. Dieser Gegner Poincarés und Millerands bekannte sofort, er werde ohne Mißleid gegen die Saboteure des Friedens vorgehen, die Robalitäten zur Räumung des Ruhrgebiets sollten sühnt werden, in Deutschland aber müsse man sich darüber klar sein, daß die Verhandlungen um den Frieden, den er aufrichtig erstrebe, erheblich schwieriger sein würden, wenn die deutsche Regierung sich nach rechts entwickle; sein Wunsch sei es, jeder Demokratie zu helfen und jeden Imperialismus zu bekämpfen. Leider hat man in Deutschland allzulange gewögert, diese deutlichen Fingerzeige zu verstehen. MacDonald, Englands sozialdemokratischer Premierminister, hat dann nach Berlin noch einen Wink mit dem Hauptstab gegeben. Hierauf begriff man endlich und legte den deutschen nationalen „ehrliehen Ratler“ Verat vor die Türe.

Poincaré war erleidet durch den Kussfall der Wahlen. Millerand aber versuchte zu leben, er, der eigentliche Vater des Nationalen Blocks. Herriot weigerte sich, von Millerands Gnaden zum Ministerpräsidenten ernannt zu werden. Die gesamte Linke forderte vielmehr den Rücktritt auch Millerands. Dieser machte staatsrechtliche Bedenken geltend und suchte Strohmann für eine neue rechtsstehende Regierung. Der Finanzminister Marsal von der letzten Regierung Poincarés übernahm schließlich die traurige Rolle einer Eintagsregierung. Die französische Kammer tagte sogar über Pfingsten. Am 10. Juni erklärte dann das Parlament mit 329 gegen 214 Stimmen, daß sie das neue Kabinett nicht anerkenne. Das war eine unumwundene Aufhebung gegen die Botschaft des französischen Staatsoberhauptes, einer handfesten Provokation der Parlamentsmehrheit. Damit war der Sturz von Millerand endlich herbeigeführt, es ist gewissermaßen eine Absehung. Millerand aber erlich zu allem noch eine Botschaft an das französische Volk von dem gleichen Kaliber. Zum 13. Juni schon war die Wahl eines neuen Präsidenten angesetzt.

Millerand hat im Jahre 1899 durch seinen eigenmächtigen Eintritt in das Ministerium Waldeck Rousseau als Sozialist heftige Auseinandersetzungen in den Arbeiterparteien aller Länder hervorgerufen. Im Jahre 1904 wurde er dann aus der französischen Sozialdemokratie ausgeschlossen, die er ganz durcheinander gebracht hatte. Seit dem September 1920 war er Präsident der französischen Republik, der er des Bitteren als Minister bedient hat. Aus dem Sozialisten ist ein starrer Nationalist geworden. Der alleinige Mann von Poincaré hätte dem französischen Volke nicht viel genutzt, Millerand mußte mitfallen. Die beiden Vorkämpfer Poincaré und Millerand werden nicht aus dem parlamentarischen

Leben Frankreichs scheiden, werden versuchen, die französische Politik weiter in den Bahnen des Unheils zu halten. Das aber wird misslingen. Wir Deutschen können von den Franzosen lernen, die Reaktion zu überwinden. Nachdem in Frankreich das erreicht worden, ist in Bezug auf das Weitere von mehr als einem Tropfen Zuversicht für Deutschland zu sprechen.

Dorreiten von alten Prinzipalsgäulen

Wir haben der „Zeitschrift“ gegenüber seit einigen Wochen Passivität beobachtet. Erstens kennen wir bessere, höhere Aufgaben als diese Zwangsadressuren zu gewerblicher Bernunft; zweitens wollten wir durch unser Schweigen demonstrieren, daß in der „Zeitschrift“ und in Prinzipalskreisen überhaupt auch ohne das bewußte Anreizen des „Korr.“ soziale Galoppjournale möglich sind.

Die „Zeitschrift“ vom 6. Juni schließt nämlich ihren Leitartikel mit folgendem Satze:

Während beispielsweise die Arbeitsintensität, die Leistung des einzelnen Arbeiters, in Amerika in den letzten fünf Nachkriegsjahren um rund 30 Proz. zugenommen hat, hat sie bei uns um ungefähr denselben Prozentsatz abgenommen. Daher liegen auch unsere Gestehungskosten über der Weltparität. Und weil die Weltkonkurrenz die Preise diktiert, sind wir heute auf dem Weltmarkt wettbewerbsunfähig. Ohne die von den Sozialisten in Verzug gebrachte Mehrarbeit wird Deutschlands Wiederaufbau ewig Iphraße bleiben.

Wobann hat Herr Meckel (Leipzig), der sonst nicht unverständlich genannt werden kann, auf der Versammlung des Kreises VII in einem Referat ausgeführt:

Eine achtfünfstündige Arbeitszeit könne aber nur dann in Frage kommen, wenn die Arbeitnehmer gleiche Arbeitsleistungen vollbrächten, wie dies in andern Ländern festgestellt sei (s. B. in Amerika, wo in einigen Betrieben die achtfünfstündige Arbeitszeit durchgeführt sei, und wo trotz dieser verkürzten Arbeitszeit unter gleichen Verhältnissen wie in Deutschland Tagesleistungen bis zu über 30 Proz. der deutschen Arbeitsleistung bei neunfünfstündiger Arbeitszeit gegenüberstehen). Es sei kein Zweifel, daß die zurzeit treibenden Kräfte unter den Arbeitnehmern ein Verständnis für diese Art der Produktionshebung nicht bewiesen.

Wenn man so etwas liest, erlaßt sich Bestätigung dessen, was wir in Nr. 42 in der großen Abhandlung „Der soziale Kampf im Buchdruckergewerbe“ geschrieben haben, nämlich, daß in der Prinzipalität die führenden Kreise der Parolen- und Schlagwortpolitik verfallen sind, die in den letzten Jahren durch die Industriepolitik der großen Unternehmervände aufgekommene ist. Herr Meckel sprach auf der Tagung in Chemnitz daselbe aus, was die „Zeitschrift“ im Leitartikel vom 6. Juni zum Ausdruck brachte. Wo er weiterging, wie mit der Bemerkung, daß „in einigen Betrieben“ Amerikas die achtfünfstündige Arbeitszeit durchgeführt sei, und daß die deutsche, geringere Arbeitsleistung sich bei neunfünfstündiger Arbeitszeit verhalte, hat er nur noch mehr vorbeigebauert. Denn in Amerika ist die achtfünfstündige Arbeitszeit schon lange eingeführt und durch das internationale Abkommen von Washington aus dem Jahre 1919 sogar gesetzlich festgelegt. Die Buchdrucker in Amerika hatten zum Teil schon in der Friedenszeit die Arbeitswoche von fünf Tagen, d. h. eine nur vierzigstündige wöchentliche Arbeitszeit. Seitdem hat die Vorkriegswoche sich noch mehr ausgedehnt. Wieso in Deutschland die neunfünfstündige Arbeitszeit die Regel sein soll, wie Herr Meckel doch verstanden werden muß, ist ein Rätsel. Die neun- und die zehnfünfstündige Arbeitszeit ist trotz der jetzigen Arbeitszeitpolitik von Unternehmertum und Reichsregierung doch nur in einem Maße eingeführt, daß zu drei Fünfteln noch die achtfünfstündige Arbeitszeit besteht. Daß in Amerika die Arbeitsleistung um ein Drittel höher sein soll als in Deutschland, ist weiter nichts als eine leere Behauptung. Wenn sie etwas höher ist, hat das seine natürlichen Gründe, denn der amerikanische Arbeiter erhält einen Lohn, von dem er mit seiner Familie wirklich leben kann. Der deutsche Arbeiter steht dagegen allgemein unter systematischem Lohndruck, der viel größer sein würde, wenn die Gewerkschaften nicht ständig der Lohnpolitik des Unternehmertums die weitgehenden Absichten durchkreuzen würden.

Was der amerikanische Großindustrielle Henry Ford über die Vorteile der achtfünfstündigen Arbeitszeit, hoher Löhne und niedriger Preise in seinem bekannten Buche schreibt, ist den deutschen Unternehmern völlig unbekannt. Der „Korr.“ hat ja von der Schuhindustrie vor einiger Zeit Feststellungen gebracht, daß dort die Arbeitsleistung bei achtfünfstündiger Arbeitszeit im allgemeinen nicht nachgelassen hat, vielmehr zum Teil gegenüber der früheren längeren Arbeitszeit zugenommen hat. In Nr. 47 konnten wir erst berichten, daß die Fabrikanten der Oberlausitzer Zementindustrie sich recht günstig über die mit dem Achtstundentage gemachten Erfahrungen ausgesprochen haben und von ihm deshalb nicht abgehen wollen.

Was im Buchdruckgewerbe verlangt und geleistet wird, hat sich im vorigen Jahre gezeigt, als anstatt der jetzigen Parole der Mehrarbeit, d. h. der achtfünfstündigen Arbeitszeit, die der Kurzarbeit mit größtem Nachdruck betrieben wurde. Bei vier und sechs Stunden täglich waren die Gehaltskassen an der Tagesordnung; es sollte möglichst so viel herausgebracht werden als in acht Stunden. Was während der Arbeitszeit die sehr schwachen besetzten Personalstellen geleistet haben, ist ja auch am Verhandlungstisch nicht anerkannt worden. Wenn wir der letzten Monats-

einen Fall erwähnen konnten, daß in einem Leipziger Werkbetriebe einem älteren Setzer, der im Verrechnen 8 bis 10 Mark über Minimum verdiente, eine ganze Mark über Minimum angeboten wurde, als man ihn in das jeweilige Geld stellen wollte, so ist das jedenfalls nicht eine solche Ausnahme gewesen, sondern war in üblicher Weise häufiger zu beobachten. Durch die Aprilaktion ist das ja anders geworden; die Leistungsulagen zeigen nun eher das Bild wie früher. Damit ist doch auszugehen, daß fünfzehntalig Jahre lang größere Arbeitsleistungen nicht richtig anerkannt worden sind.

Das Dorreiten der alten Prinzipalsgäule in Nr. 46 der „Zeitschrift“ ist also nichts anderes als ein grobes Täuschungsmanöver. Der Anwurf gegen die Gewerkschaftsführer fällt daher von selbst zusammen.

Oberhalb ist aber der Versuch, für die überweltmarktpreise Deutschlands die geringe Arbeitsleistung der deutschen Arbeiterschaft verantwortlich zu machen. Diese angebliche Faulenzerei soll nur den noch immer bestehenden Unmut bemänteln, daß allerlei Mißkalkulation (Bankzinsen, Steuern) stattfindet, über deren Richtberechnung sich weite Kreise schon einig sind und führende Handelsblätter scharfe Töne anschlagen. Der badische Einzelhandel hat auf seiner Jahresversammlung gegen die Überpreise und deren verwerfliche Ursachen ja kürzlich auch entschiedene Stellung genommen. Warum nach dem Auslande zum Teil schon viel billiger exportiert wird, als die Inlandpreise lauten, das könnte die „Zeitschrift“ wohl nicht einmal mit Hilfe des Schlagwortlexikons beantworten.

Nach einem Bericht der „Zeitschrift“ vom 11. Juni hat der erweiterte Vorstand des Kreises II vom DDB, sein Diktum über das Ergebnis der Tarifverhandlungen dahin abgegeben: vermehrte Heranbildung von Maschinenjockern und vermehrte Haltung von Lehrjungen. Wir haben seit der Vorkriegszeit wohl schon die doppelte Anzahl von Maschinenjockern. Das setzt auch eine entsprechende Neuaufstellung von Sekundärschulen voraus. Da nun die Kapitalnot das geschäftliche Leben schier abwürgen soll, könnten doch die Prinzipale nicht die Anschaffung von neuen Sekundärschulen bewerkstelligen. Zweitens muß der Maschinensatz wohl noch ganz rentabel sein. Das wird zwar immer von der Prinzipalität bestritten, aber der eigne oder der von der Organisation entfaltete Drang zur Sekundärschule spricht trotz auch des jetzt auf 15 Proz. erhöhten Maschinenjockeraufschlages für unsere Bebauung. Die Maschinenjocker dürfen also nicht übersehen, daß ihre 15 Proz. auch erst die Minimumbezahlung darstellen. Die Zeitungsverleger sollen vornehmlich die Ausbildung von Maschinenjockern in ihren Betrieben pflegen, es soll aber auch die Maschinenjockerschule bei der Kunstgewerbeschule in Barmen wieder eröffnet werden. Die Heranbildung von tüchtigen Sacharbeitern liegt auch im Bestreben der Gehilfenschaft. Durch systematische volle Ausnutzung der Lehrlingskassen in allen Betrieben wird dieser Zweck aber nicht erreicht. Die Absicht des rheinisch-westfälischen Kreisvorstandes scheint jedoch mehr in dieser Richtung zu liegen. Dieser Fehler wird verschlimmert, wenn von führender Prinzipalsseite von neuem versucht wird, den Lehrlingen die erstrittenen tariflichen Errungenschaften wieder zu nehmen. Der Kreisvorstand hat dann noch mit großem Bedauern von der Erhöhung fast aller Prozentsätze im Tarif, der Heraussetzung des Lohnsatzes und von dem Zuschlage für die Mehrstunden gemäß Arbeitszeitabkommen Kenntnis genommen. Die Ursache dieser Fehlschläge wird erblickt in unaufrichtiger Wahrnehmung der Vertretung in der Tarifkommission, wodurch die vorbereitenden Beschlüsse des Organisationsvorstandes nicht die erforderliche wirksame Vertretung finden konnten. Die näherliegende Erklärung, daß man die Anträge viel zu weitgehend fand, zumal nach dem erfolgreichen Vorstoß der Gehilfen an vielen Orten im April, hat man also nicht gefunden. Man reitet eben auch in Rheinland-Westfalen noch auf alten Gäulen.

Internationale Sozialpolitik

Mit der Entwicklung der Länder vom Agrarstaat zum Industriestaat, mit der Aufhebung der einseitigen Zunftgesetze und dem Entstehen eines freien Lohnarbeiterstandes entwickelten sich auch die Klassengegensätze. Das „freie Spiel der Kräfte“ fand seinen Ausdruck in dem Streben nach billigen Arbeitskräften und überlanger Arbeitszeit, nach Ausbeutung der Frauen und Kinder. Grauenhafte Zustände herrschten in den fabriktägigen. Die skandalöse Ausbeutung führte dazu, daß die Arbeiterschaft körperlich und seelisch völlig herunterkam; die unbeschränkte Frauenarbeit hatte erschreckende Säuglingssterblichkeit im Gefolge, und die Kinderarbeit führte zu frühem Elendtum der Kinder. Bescheidend für die Einstellung der herrschenden Kreise in Deutschland war, daß erst der Niedergang der Militärdiktatur in den Industriegebieten Anlaß zu den ersten schmerzhaften Maßnahmen gegen die hemmungslose Ausbeutung gab. Jedoch erst dann, als die Lohnarbeiterschaft mehr und mehr zum Massenbewußtsein erwachte und ihre Interessenvertretung in der Sozialdemokratie suchte, entschlöss sich die deutsche Regierung zu ernstern sozialpolitischen Maßnahmen. Nach Eintritt der Koalitionsfreiheit entwickelten sich die Gewerkschaften zu starken Gebilden und wuchsen sich zu Trägern der sozialen Idee aus. Wirksame Unterstützung fanden sie durch eine Gruppe bürgerlicher Nationalabgeordneter, die sich später in der Gesellschaft für Soziale Reform zusammenschloß.

Die Auffassung, daß internationale Vorhaben zum Schutze gegen Gefahren der Welt notwendig sei, wurde zuerst vor schon mehr als hundert Jahren von dem englischen Unternehmer und Sozialisten Robert Owen ausgesprochen. Gegen das Mißverständnis, das damals in England erloschen werden sollte, wurde geltend gemacht, daß es zu Kapital-

auswanderungen veranlassen würde, da England mit einem solchen Schutz allein nicht. Aus diesem Anlaß stellte Owen im Jahre 1818 in Denkschriften an die Regierungen der Staaten und an die zu Aachen versammelten Vertreter der „Heilsen Allianz“ das Ersuchen, die in seiner eigenen Fabrik bestehenden Wohlfahrtsanstalten zu prüfen und ihre allgemeine Durchführung vorzubereiten. Es gelang Owen aus naheliegenden Gründen nicht, die Klitterten für seinen Plan zu gewinnen; er fand auch bei der öffentlichen Meinung Europas kein Verständnis. Erst ein Jahrhundert später (1866) wurde mit dem Berner Übereinkommen betreffend die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen und das Phosphorverbot in den Zündholzfabriken ein wirklicher Anfang mit der Internationalisierung des Arbeiterschutzes gemacht.

Aber die Entwicklung und den Stand der internationalen Sozialpolitik informiert in vorzüglicher Weise das von H. Feblinger verfaßte und kürzlich im Verlage des DGB. erschienene Buch „Internationale Sozialpolitik“. In sachkundiger, gut gegliederter Weise behandelt der im Internationalen Arbeitsamt tätige Verfasser die wichtige Materie. Nach einem interessanten geschichtlichen Überblick über die ersten Bestrebungen auf Internationalisierung des Arbeiterschutzes schildert er die Gründung und Bedeutung der durch den Pariser Friedensvertrag geschaffenen internationalen Arbeitsorganisation. In ausführlicher Weise werden die Organe dieser Organisation, ihre rechtliche Stellung und ihre Aufgaben beleuchtet. In übersichtlicher Weise gelangen die Ergebnisse der bisherigen fünf Konferenzen zur Darstellung, so daß das Ganze als eine Fundgrube für den Interessenten bezeichnet werden kann.

Daß eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne notwendig und zweckmäßig ist, dürfte ernstlich nicht bestritten werden. Durch den internationalen Kongress von 1889 in Paris wurde seitens der Arbeiterschaft ein mächtiger Anstoß zur Propaganda in allen Ländern gegeben. Während des Krieges waren die Gewerkschaften nicht nur für den Abschluß eines baldigen Friedens, sondern auch für den Abschluß internationaler Arbeiterschutzwörter als Ergänzung des Friedensvertrages tätig. Naheinander wurden auf den Konferenzen in Leeds 1916 und Bern 1917 und 1919 internationale Arbeiterschutzwörter aufgestellt. Der Friedensvertrag selbst hat dann die Idee des internationalen Arbeiterschutzes weitgehend begünstigt und eine internationale Organisation der Arbeit gegeben mit einem internationalen Arbeitsamt an der Spitze. Die sachliche Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation wird in der Vorrede der in der Schrift abgedruckten Sakuna umschrieben. Sie befaßt im wesentlichen, daß der Weltfrieden nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut sein kann, daß aber für zahlreiche Menschen Arbeitsbedingungen bestehen, die Ungerechtigkeit bedeuten und Leid und Entbehrung mit sich bringen, wodurch Unzufriedenheit entsteht, welche den Frieden und die Eintracht der Welt gefährdet. Als Beispiele der notwendigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen werden sodann angeführt: Regelung der Arbeitszeit, Festsetzung der längsten Dauer des Arbeitstages und der Arbeitswoche, Regelung des Arbeitsmarktes, Verbilligung der Arbeitslosigkeit, Gewährleistung von Löhnen, welche angemessene Lebensbedingungen ermöglichen, Schutz der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten sowie gegen Arbeitsunfälle, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, Alters- und Invalidenunterstützung, Schutz der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, Anerkennung des Grundgesetzes der Freiheit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, Organisation des beruflichen und technischen Unterrichts. Ausdrücklich erklärt dann die Vorrede, daß das Unterlassen einer Nation, humane Arbeitsverhältnisse zu schaffen, für andere Nationen, welche die Verhältnisse im eigenen Lande zu verbessern wünschen, ein Hindernis auf diesem Wege bildet. Die ständige Organisation umfaßt: 1. eine Allgemeine Konferenz von Vertretern der Mitgliedsstaaten; 2. ein Internationales Arbeitsamt unter der Aufsicht eines Verwaltungsrats von 24 Mitgliedern. Dieser Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus 12 Vertretern der Regierungen, 6 Unternehmervertretern und 6 Arbeitervertretern. An der Spitze des Arbeitsamts steht ein vom Verwaltungsrat ernannter Direktor. Die Tätigkeit des Arbeitsamts umfaßt die Sammlung und Weiterleitung von Mitteilungen über alle Gegenstände, die sich auf die internationale Regelung der Lage der Arbeiter und der Arbeitsverhältnisse beziehen, sowie besonders die Bearbeitung der Fragen, die auf der Konferenz zum Zweck des Abschlusses internationaler Übereinkommen behandelt werden sollen und die Durchführung aller besonderen von der Konferenz angeordneten Untersuchungen. Daneben hat es die Tagesordnungen der Konferenzen vorzubereiten und eine Zeitschrift für die Probleme der Wirtschaft und Arbeit, die von internationaler Interesse sind, herauszugeben.

Zu den Konferenzen entsenden die Mitgliedsstaaten je vier Vertreter, welchen technische Ratgeber beigegeben werden können. Von den Delegierten jedes Staates sind zwei Regierungsvertreter und je einer Unternehmer- und Arbeitnehmervertreter. Die arbeitsrechtlichen Beschlüsse der jeweiligen Konferenzen, die bestimmt sind, von den Mitgliedsstaaten durchzuführen zu werden, haben zweierlei Form. Sie sind: 1. Entwürfe zu internationalen Übereinkommen, 2. Vorschläge für die Staatsgesetzgebung. Die Beschlüsse müssen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden. Die Mitgliedsstaaten sind jedoch nicht gehalten, die von der Konferenz beschlossenen Entwürfe anzunehmen, aber sie müssen dieselben im Verlauf von fünfzehn Monaten den für die Entscheidung zuständigen Stellen (Parlamenten) vorlegen. Die Vorschläge für die Staatsgesetzgebung sollen dem verbleiben, daß ein wenn auch in Einzelheiten nicht übereinstimmendes, so doch sachlich gleichartiges Arbeitsetat zu schaffen.

Der Internationalen Arbeitsorganisation gehören insgesamt 57 Staaten an. Internationale Arbeitskonferenzen fanden bisher: 1909 in Washington, 1920 in Genue, 1921, 1922 und 1923 in Genie; Mitte Juni

1924 wird die sechste in Genf stattfinden, worüber schon der „Korr.“ schrieb. Auf den fünf Konferenzen wurden insgesamt 16 Entwürfe zu internationalen Übereinkommen und 20 Vorschläge beschlossen. Bis Dezember 1923 wurden beim Generalsekretär des Völkerbundes 91 Fälle von Ratifikationen internationaler Übereinkommen eingetragen. Außerdem wurde einem Vorschlag der Konferenz von 1919 zufolge das Berner Übereinkommen von 1906 betreffend die Verwendung von weißem Phosphor durch 12 Staaten ratifiziert. In 17 weiteren Fällen waren Ratifikationen bereits genehmigt, doch fehlte noch die Meldung beim Völkerbundsekretär.

Aber den Wert der Arbeitsorganisation sagt der Verfasser u. a. folgendes: „Bei gerechter Würdigung der politisch und wirtschaftlich äußerst ungünstigen Weltlage wird man anerkennen müssen, daß die Organisation sachlich Beachtenswertes geleistet hat. Die von den Konferenzen beschlossenen Entwürfe internationaler Arbeitsübereinkommen sind zwar von den wichtigsten Industriestaaten erst in bescheidenem Umfang ratifiziert worden, aber es findet doch ein Fortschritt statt. Überdies haben namentlich auhereuropäische Staaten, angetrieben durch die Internationale Arbeitsorganisation, sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen, die sonst wahrscheinlich unterblieben wären; eine Wahrscheinlichkeit, die um so größer ist, als es sich dabei zumeist um Staaten handelt, wo die als Antrieb der Sozialpolitik wirkende gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung noch in den Anfängen steht oder überhaupt nicht vorhanden ist. Die Tatsache an sich, daß die Arbeitskonferenzen alljährlich Probleme der Sozialpolitik behandeln, die dann durch die Presse aller Länder der öffentlichen Meinung der ganzen Welt vorgeführt werden, bildet eine nicht zu unterschätzende Anregung für den sozialpolitischen Fortschritt. . . Die Durchführung der von den Internationalen Arbeitskonferenzen vorgeschlagenen sozialpolitischen Maßnahmen geht nicht so rasch vorwärts, wie bei der Gründung der Arbeitsorganisation erwartet worden war. Das ist unbestreitbar. Der sozialistische Geist, der nach Friedensschluß gleichermaßen in den Siegerstaaten und in den besiegten Staaten die öffentliche Meinung erfaßte und für die von den Lasten und Leiden des Krieges am schwersten betroffenen arbeitenden Klassen eine Entschädigung durch Erfüllung alter Programmpunkte forderte, der den Weltfrieden durch eine international gleichmäßige gehobene Arbeiterschaft sichern helfen wollte, wurde unter der Einwirkung einer ebenso überaus raschen wie dauernden Zerrüttung der Weltwirtschaft durch entgegengesetzte Tendenzen verdrängt. Das wird aber keine dauernde Verdrängung bedeuten. Man darf hoffen, daß die Sozialpolitik wieder ein rascheres Tempo einschlagen wird, sobald die schweren Störungen des politischen Gleichgewichts mit ihren daraus erwachsenden wirtschaftlichen Nachteilen überwunden sind, welche in der Gegenwart den menschlichen Aufstieg auf allen Gebieten hemmen.“

Dem ist im wesentlichen zuzustimmen, wenn es auch im Zeichen des Generalsturms des internationalen Kapitalismus gegen die elementaren Arbeiterrechte schwer fällt, den gleichen Optimismus aufzubringen. In vollem Umfang wird die Internationalisierung des Arbeiterschutzes erst gelingen, wenn die öffentliche Meinung in allen Ländern für die zwingende Notwendigkeit dieses Weges gewonnen wird. Die Arbeiterschaft ist sich dieser Notwendigkeit längst bewußt und demonstriert seit über 30 Jahren alljährlich am 1. Mai für diesen Gedanken.

Die inhaltreiche Schrift ist zum Preise von 4 M. erhältlich und sollte zum mindesten in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen. P. L.

Korrespondenzen

Bezirk Dessau. Am 18. Mai fand nach längerer Pause für den Bezirk Dessau eine Bezirksversammlung am Borort statt. Die Versammlung wurde mit einem Begrüßungsakt des Gewerksvereins „Gutenberg“ (Dessau) eröffnet. Gemäß dem Situationsbericht der Vertrauensmänner der einzelnen Orte konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Beschäftigung eine sehr gute ist. Arbeitslose sind so gut wie nicht vorhanden, doch sind noch außer Beruf arbeitende Kollegen unterzubringen. Ein großzügig angelegtes, überzeugendes Referat des Kollegen K r a h l (Weizsa), in leichtverständlicher Weise vorgetragen, behandelte die derzeitigen wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Fragen und fand so beifällige Aufnahme, daß keine Diskussion gewünscht wurde. Zu Gutsaatsdelegierten wurden sechs Kollegen vorgeschlagen, von denen vier zu wählen sind. Anträge zum Gutsaats lagen nicht vor. Kollege S e n s (Röthen) wies auf einen im Herbst von den Röthener Jungbuchdrucker abzuhaltenden Jungbuchdruckerstag hin und empfahl, daß solche Veranstaltungen unterstützt werden, um unsern Nachwuchs zu tüchtigen Gewerkschaftlern heranzubilden. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Zerbst gewählt. Nachdem noch einige Anfragen ihre Erledigung fanden, schloß Bezirksvorsitzer S a m a n n die Versammlung mit dem Wunsch, daß die heutige Tagung belebend auf die Verhandlungsarbeit wirken möge.

St. Gagen i. W. Am 25. Mai fand in Sierlohn die zweite diesjährige Bezirksversammlung statt; sie war von 98 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Adolf Richter gelehrt. Der Kassenbericht für das erste Quartal 1924 lag gedruckt vor; es wurde dem Kassierer für die gute Kassensführung einständige Entlassung erteilt. In dem nunmehr folgenden Referat des zweiten Gewerkschafters W ö s t n e r (Wdm) über „Berufliche und wirtschaftliche Hilfsmittel“ bestand es der Redner, die Wichtigkeit der Tatkraft des Gewerkschaftsstandes und der Haltung des „Korr.“ während und nach der Tatkraften übernehmend nachzuweisen und zu verdeutlichen. Demselben Zweck diente Kollege W ö s t n e r am Schluß seiner zwei-

stündigen Ausführungen. In seinem Schlusswort nahm er noch Veranlassung, die in der Diskussion von einzelnen Rednern geäußerten Zweifel zu zerstreuen und den Mitgliedern Kollegialität auch in den Betrieben und festes Vertrauen zur Organisationsleitung aus Herz zu legen. Als Kandidaten für die Delegiertenwahl zum Verbandstag wurden die Kollegen Lorenz (Hagen), Bertram, Köhner und Albrecht (Köln) aufgestellt. Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung wurde Lüdenscheid bestimmt.

Bezirk Karlsruhe. Am 25. Mai fand anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Ortsvereins Rastatt und diesjährige Bezirksversammlung in deren Mauern statt. Vor Eintritt in die reichhaltige Tagesordnung begrüßten der Vorsitzende W. Maier sowie Kollege Jffland die erschienenen. Der Gesangsverein „Typographia“ (Karlsruhe) brachte als Einleitung das Lied „Reihe des Gesangs“ sehr schön zu Gehör. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und betonte, daß Näheres in dem gedruckt erscheinenden Jahresbericht zu erfahren ist. Anschließend wurde der Jahresbericht entgegengenommen, wobei einige notorische Restanten geblühend festgenagelt wurden. Infolge hohen Alters sowie aus Gesundheitsrücksichten unseres Verwalters hat der Vorstand beantragt, denselben in den Ruhestand zu versetzen und die Pensionierung vorzunehmen, die er in den langen Jahren seiner mühevollen, aufopferungsvollen Tätigkeit wohl verdient hat. Eine aus fünf Kollegen bestehende Kommission, welche die Verwalter- und Pensionsangelegenheit vorbereiten hatte, fand die richtige Lösung, die durch einstimmige Annahme zum Ausdruck kam. Hierauf gab Kollege Jffland einen chronologischen Bericht über die Vergangenheit des Jubiläumsvereins. Daran anschließend wurden die Kollegen Gaus, Jffland, Misteke und Schweizer für 25-jährige Verbandzugehörigkeit geehrt. Ganz besonders gewürdigt wurde die 50-jährige Verbandzugehörigkeit vom Kollegen Teufel (Baden-Baden). Der Bezirksvorsitzende überreichte dem Ortsverein Rastatt eine aufsehenswerte Glocke und sprach dabei den Wunsch aus, daß ihr Zeichen genügen möge, Ruhe und Disziplin in der Versammlung herzustellen. Der alte Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. — Nach Schluß der Versammlung fand ein kleiner Familienausflug nach dem schönen gelegenen Rupebeim statt, wo bei Gesang und Humor die wenigen Stunden nur allzu rasch verflohen.

Algenenthal. Um das Verbandsleben in den einzelnen Mitgliedschaften wieder neu zu beleben, fand hier auf Anregung unseres Bezirksvorsitzenden Kober (Mauen) am 25. Mai eine Frühjahrsversammlung statt, die von den auswärtigen Kollegen trotz des schlechten Wetters zahlreich besucht war. Nach einem beifälligen aufgenommenen Referat über „Gewerkschaftliche Notwendigkeiten“ des Kollegen Kober und nach einigen Beherausungsworten an die Kollegen durch den Vorsitzenden fand die eindrucksvolle Versammlung ihr Ende. Am Nachmittag vereinte man sich zu einem kleinen Spaziergang über die Grenze, wo der Buchdruckerhumor wieder voll zur Geltung kam und die Stunde zum Aufbruch nur allzu schnell heranrückte. Es war so recht zu merken, welche ein großes Bedürfnis es ist, solche Zusammenkünfte öfters zu veranstalten, um die Fühlung zwischen Provinz und Großstadt wieder enger herzustellen. Am Schluß wurde den teilnehmenden Damen noch eine kleine Erinnerung überreicht.

Bezirk Koblenz. Im schönen Badeorte Kreuznach taute am 25. Mai unsere zweite Bezirksversammlung. Aus zehn Orten des Bezirks waren Kollegen zu der Tagung erschienen. Nach den Mitteilungen des Vorstandes, Tätigkeits einiger Neuaufnahmen und Vorlage des Kassenerichts erstattete Bezirksvorsteher Kollege Neu Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln. In sehr einladender Weise beschäftigte sich der Redner mit den auf der Konferenz in Köln behandelten Fragen und erntete am Schluß seines fast einstündigen Vortrages allgemeinen Beifall. In der anschließenden Aussprache bildete das Leitmotiv die brennende Frage der 48-Stunden-Woche. Die Berichte der Ortsvorsitzenden und der Vertrauensleute ließen erkennen, daß es im Bezirk Koblenz, mit ganz geringen Ausnahmen in einigen Betrieben, erreicht werden konnte, die 48-Stunden-Woche zu behaupten. Auch in bezug auf die Bezahlung wurde teilweise sehr Erfreuliches berichtet. Gelang es doch den Kollegen, ganz bedeutende Sätze über Minimum zu bekommen. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit der Beschlußfassung über Stellung von Anträgen zum Verbandstage in Hamburg und Aufstellung von zwei Kandidaten zu diesem. Den Teilnehmern an der Bezirksversammlung wurden ihre Fabrikkosten vergütet. Nachdem noch Erledigung einiger Anfragen unter „Verschiedenem“.

Bezirk Kottbus. Die für den 25. Mai in Spremberg angelegte Bezirksversammlung des Bezirks Kottbus war nur mäßig besucht. Die „Typographia“ (Kottbus) brachte zur Beirückung der erschienenen Kollegen den Athmannischen Chor „Lord Wolson“ stimmungsvoll zum Vortrag. Aus dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß es in den einzelnen Druckorten nicht immer klappte und er des öfteren eingreifen mußte, was auch in den Berichten der einzelnen Druckorte zum Ausdruck kam. Ein Antrag zur Generalversammlung: „Die durch den Krieg verloren gegangenen Beiträge sind prozentual anzurechnen“, wurde angenommen. Desgleichen wurde der Antrag, die Gänge aufzuheben, angenommen. Der Antrag: „Der Gantag soll vor der Generalversammlung stattfinden“, wurde von der Versammlung aufgegeben. Eine rege Aussprache entspann sich über die Arbeitsruhe am 1. Mai. Es wurde beschlossen, in der Herbstbezirksversammlung grundlegend zu dieser Frage Stellung zu nehmen und darauf zu verfahren, um zu verhindern, daß in einzelnen Maschinen gearbeitet, während in andern gefeiert wird. Der Bezirksvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt: Gurt, Vorsitzender, Urban, Kassierer. Als Delegierter zur

Generalversammlung wurde der Kollege Gurt in Vorschlag gebracht, zum Gantag die Kollegen Urban, Hartmann, Engelmann, Grimm, Lücke, Lüdke, Schade, Trints, Chyona. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der seitgemäße Vortrag des Kollegen Krahl (Leipzig) über das Thema: „Das Organisationswesen der deutschen Arbeiter und der deutschen Unternehmer“. Reichler Beifall belobte die Ausführungen unfres „Korr.“-Redaktors, denen eine sehr rege Aussprache über die behandelten wichtigsten Punkte sich anschloß. Unter „Verschiedenem“ kamen noch verschiedene Angelegenheiten zur Erledigung.

München. Die Gehilfenschaft Münchens befaßte sich mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Das Resümee der Aussprache ist in folgender Hinsicht, die einstimmig angenommen wurde, niedergelegt: „Die heute, den 27. Mai, tagende außerordentliche Generalversammlung der Gehilfenschaft München nahm das Referat des Gehilfenvertreeters zum Tarifabschluß entgegen. Ideell hat uns der neue Abschluß enttäuscht, was materiell erreicht wurde, bringt keinen Ausgleich zu den Lebenshaltungskosten der Jetztzeit gegenüber jenen des Friedenslohnes. Was das Arbeitszeitabkommen betrifft, so erklärten die Anwesenden, daß in allen Betrieben, die zu Entlassungen übergeben, die Leistung von Mehrarbeit über 48 Stunden einzustellen ist. Auf das härteste verurteilen wir wieder den Unterschied in der Entlohnung zwischen ledigen und verheirateten Gehilfen. Die Antwort der davon Betroffenen wird sein: Wie der Lohn, so die Arbeitsleistung.“

München. (Drucker.) Die letzte außerordentliche Generalversammlung des Maschinenmeistervereins München beschäftigte sich unter größtem Interesse mit der Lohnfrage sowie mit dem Hamburger Kongress. In der Lohnfrage wurden die von den Unternehmern verlangten Leistungen den Löhnen gegenübergestellt; das sich ergebende Bild entrollte die elende Gegenleistung der Prinzipale. Darum sei unsere erste Aufgabe, eine bessere Entlohnung herbeizuführen. Die Notwendigkeit des Hamburger Kongresses wurde einstimmig anerkannt und beschlossen, denselben zu besuchen. Eine am 24. Mai abgehaltene Resolutionsextravergammlung befaßte sich ebenfalls mit der Lohnfrage und forderte eine Erhöhung der Zuschläge für ständige Nacharbeit. Sie betonte die Notwendigkeit eines kräftigen Zusammenschlusses der Rotationer, um in der Geschlossenheit Forderungen durchzuführen, die auf der breiten Basis der Tarifverhandlungen stets unberücksichtigt blieben.

Neustadt a. d. Haardt. (Maschinenseher.) Die Kollegen des Bezirksvereins Neustadt-Landau nahmen am 25. Mai wieder Veranlassung zu gegenseitiger Aussprache. Morgens fand eine Besichtigung der Biermagazinlinotype in der Pfälzischen Verlagsanstalt statt. Hierauf folgte ein Spaziergang nach Landrecht, wofür in der Wirtschaft des Kollegen Beder am Nachmittag eine Versammlung anberaumt war. Es fanden u. a. zwei Neuaufnahmen statt. Kollege Billinger (Neustadt) hielt einen Vortrag: „Geschichtliches über die Zeitung“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Interessant waren einige über 100 Jahre alte Urkunden mit buntemalten Initialen, die der Vortragende zur Ansicht auslegte. — Nach einigen Stunden gemüßlichen Beisammenseins ging es wieder der Heimat zu in dem Bewußtsein, einen fröhlichen Tag in Kollegentreifen verlebt zu haben.

Schwerin. (Mecklenburgischer Maschinenmeister tag.) Am 25. Mai fand in Kleinen der zweite Mecklenburgische Maschinenmeister tag statt. Kollege Rohde (Schwerin) begrüßte die erschienenen Kollegen. Leider hatte es ein Teil der Kollegen nicht für nötig gehalten, zu dieser Tagung zu erscheinen. Am meisten bedauerte es, daß von Lübeck nicht ein Kollege erschienen war. Dann begrüßte Kollege Schulte (Berlin) als Vertreter der Zentralkommission die Kollegen und gab in kurzen Worten einen Bericht über die Schwierigkeiten, mit denen alle Vereine in der Inflationszeit zu kämpfen gehabt haben und sprach über das jetzt wieder aufblühende Leben in der Sparte. Aus dem Bericht der Mitgliedschaften ging hervor: Von Schwerin ist Gutes zu sagen. In Bismar und ebenfalls in Rostock haben die Vereine schwer gelitten, der Versammlungsbesuch war schlecht. Punkt 2 und 4 wurden zusammengefaßt, da das Referat des Kollegen Reindorf (Hamburg) beide Sachen verübte. Der Redner sprach zuerst von den ungeheuren Verlusten, die uns die Inflationszeit gebracht hat und forderte alle Kollegen auf, wieder tatkräftig mitzuarbeiten, damit wieder jeder Spartenkollege unsern Vereinen beitrete und am Vereinsleben rege teilnehme. Dann sprach Kollege Reindorf über die Anträge zum Spartenkongress und hob hervor, daß für uns die Frage des Offsetdrucks in dem Vordergrund der Beratungen stehen müßte. Da infolge der ständig größer werdenden Einführung der Offsetmaschinen uns Druckern immer mehr Arbeit genommen werde und das Abkommen mit den Steindruckern nicht das gewünschte Resultat gebracht habe, müßte unbedingt ein anderer Weg gefunden werden, um den Druckerkollegen auch diese Maschine zugänglich zu machen. Bei uns in Deutschland könne es nicht so gehen wie in Estreich, wo die Steindrucker mit den Offsetmaschinenfabriken Verträge abgeschlossen haben, daß an den von ihnen verkauften Maschinen nur Steindrucker zu beschäftigen sind. Weiter führte der Referent aus, daß die Besserbezahlung der Drucker unbedingt durchgebrückt werden müßte, ebenso sei die achtstündige Arbeitszeit wieder zur Geltung zu bringen. Über die Gangeinteilung meinte der Redner, daß, wenn mehrere Gänge zusammengefaßt würden, sie besser von der Großstadt zu bearbeiten wären, da dem Verbands so viele Kosten erspart würden. Nachdem eine rege Aussprache stattgefunden hatte, in der Kollege Schliekmann als Zusammenfasser der Gänge sprach, wurde folgender Antrag angenommen: „Die Spartenorganisationen sind als Verbandsgänge festzusetzen und anzuerkennen. Mit der Bekanntmachung“

haft soll auch die Mitgliedschaft der vom Vorstande anerkannten Parteien erworben werden und erlöschen. Damit ist den Parteien ein größeres Mitbestimmungsrecht im Rahmen des Verbandes bei ihren speziellen Parteienangelegenheiten einzuräumen.“ Nachdem unter „Technischem“ noch einige Anfragen aus Kollegentreifen beantwortet waren, schloß Kollege Rohde mit einem Hoch auf den Verband die Tagung. Nicht unerwähnt darf bleiben die Bereitwilligkeit der Zentralkommission. Dem Wunsche der Schweriner Drucker nachkommend, hielt Kollege S. Schulke (Berlin) am 21. Mai einen technischen Vortrag über „Illustrationsmehrfarbendruck“. Im Hand selbstgezeichnete, sauberster Drucke war es ein Demonstrationsvortrag. Den Kollegen Schulke und Reindorf für ihre unermüdete Spartenarbeit an dieser Stelle echt kollegialen Dank. — Ein gemüthliches Beisammensein, in dem der alte Buchdruckerhumor so richtig wieder zum Vorschein kam, hielt die Kollegen bis zur Abfahrt der Büge in schönster Stimmung zusammen. Hoffentlich können wir auf der nächsten Tagung alle uns bisher noch fernstehenden Kollegen begrüßen.

Einigkeit. Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker. Unser aufsuchte Generalversammlung am 25. Mai statt. Aus dem Vorstandsbericht sind zwei Fälle zu erwähnen, die sich das ganze Jahr hinzogen: 1. Eine anhängige Klage beim Reichsgerichtsgericht, die nach einem Jahr trotz Reklamationen nicht zur Verhandlung kam, und 2. die Entschädigung für Kränkelschmelzen, das jetzt mit 100 Proz. bezahlt werden soll. Die Winkler'schen Gießmaschinen sind zurzeit in fünf Offizinen aufgestellt; ebenso verdrängen in letzter Zeit die Prägenpressen den Kalender. Zwei Vorträge: a) „Wissenswertes vom Bleischnitt“, b) „Praktische Winke für einfache und systematische Bleischnitte“, fanden aufmerksame Zuhörer; waren doch die Vorträge wie das gezeigte Material leichtverständlich und sehr interessant. Zwei Kollegen, einer von Italien, der andre von Argentinien, haben vor Auswanderung gewarnt, um das Heer der dortigen Arbeitslosen nicht noch zu vermehren. Arbeitslose waren es 15, Kurzarbeiter 47 Kollegen mit zusammen 557 Arbeitslosenwochen, außerberuflich 4, auswandert 4. Mitgliederstand 82.

Waldburg i. Schl. Die diesjährige Frühjahrsbezirksversammlung in Zentnerbrunn bei Neurode hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Geleitet wurde die Versammlung vom Bezirksvorsitzenden Köchel, der die Erschienenen willkommen hieß, insonderheit den Kollegen Kleinert vom Gauvorstande. Herliche Begrüßungsworte richtete auch Vorsitzender Scholz (Neurode) an die Versammlung, gleichseitig derselben einen recht guten Verlauf wünschend. Bezirksvorsteher Köchel brachte sodann den Jahresbericht zur Gehör. Das vergangene Jahr sei für uns ganz besonders reich an Entbehrungen gewesen. Erreicherungswiese hat die Arbeitslosigkeit nachgelassen, die aber, wie es den Anschein erweckt, jetzt von neuem anhebt. Es ist in Aussicht genommen, Mitte Juni die Schlingen vom Bezirk zu einer Wanderversammlung nach Waldburg zu laden. Nach dem Verbandstage soll in Breslau ein Gautag stattfinden; unser Bezirk ist berechtigt, vier Delegierte dahin zu entsenden. Anschließend kam der Kassenbericht zur Verlesung. Dem Kassierer Köster wurde für die gute Kassenführung Entlastung erteilt. Kollege Kleinert führte alsdann der Versammlung die technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe bis zur heutigen Zeit an Hand von Druckmustern vor Augen. Der alte Vorstand wurde nachdem per Akklamation wiedergewählt, ebenso ist der Bezirksbeitrag der alte geblieben. Sodann erfolgte die Ehrung von 44 Jubilaren, die auf eine Verbandszugehörigkeit von 53 bis 25 Jahren zurückblicken konnten. Kollege Kleinert richtete an die stattliche Zahl von Jubilaren, die solange zur Fahne des Verbandes gehalten haben, Worte der Anerkennung. Der Zuschuß von der Bezirkskasse an Arbeitslose und Kranke wurde aufgehoben. Die nächste Frühjahrsbezirksversammlung findet in Waldburg statt. Besucht war die Versammlung von 157 Mitgliedern, und zwar: Waldburg 33, Neurode 42, Schweidnitz 23, Reichenbach 15, Rangenbiefau 10, Striegau 6, Habelschwerdt 5, Glas 11, Gottesberg 1, Wüstentersdorf 5, Freiburg 6, Friedland 1.

längeren Schreiben ein schweres Klagegedicht angesetzt, was man erleben kann, wenn der 25. des Monats vorüber und das „Korr.“-Abonnement vergessen worden ist. Die Post nimmt nämlich seit einiger Zeit wohl Nachbestellungen an, aber sie erhebt für jedes nachbestellte Exemplar die Gebühr von 20 Pf. Da der „Korr.“ nur 30 Pf. im Monat kostet, wovon unsere Geschäftsstelle aber bloß 2 Pf. erhält, denn die vom Verlage zu leistenden Postgebühren betragen 8 Pf. im Monat beim „Korr.“, stehen Abonnement und Nachbestellung in gar keinem Verhältnis zueinander. Das eine ist zu niedrig, die andre zu hoch. Die Post verfolgt in dieser Beziehung strenge das Prinzip völliger Gleichheit. Für die größte und teuerste Zeitung sind bei Nachbestellung auch nur 20 Pf. zu entrichten; gäbe es Blätter mit nur 10 Pf. monatlichem Bezugspreis, müßten bei Nachbestellung für diese eben 100 Proz. mehr als Abonnementgeld bezahlt werden. Der uns darob interpellierende Kollege empfindet über diese Unbegreiflichkeit großen Zorn und malt uns vor Augen, welcher Betrag sich ergeben könnte, wenn der Druckereikassierer eines großen Betriebes einmal die Abonnementserneuerung nicht rechtzeitig vornehmen sollte, denn in diesem Falle würden ja (beispielsweise) für 100 Exemplare x 20 Pf. = 20 M. von der Post allein als Nachbestellung erhoben werden. Das stimmt alles! Die Post will aber durch die Erhebung einer Gebühr für Vergesslichkeit zweierlei bezwecken: erstens pünktliche Abonnementserneuerung, zweitens (im andern Falle) eine Gebühr für die entstehende Schreiberei. Daß sie da nun ein fallisches Gleichheitsprinzip anwendet und die kleinen Leute ebenso an die Kanbare nimmt wie die großen zahlungsfähigen, ist ein Unbestand. Er könnte beseitigt werden durch einen gerechteren Prozentsatz von dem jeweiligen Bezugspreise. Das beste Schutzmittel ist aber die regelmäßige von Monatsmitte bis um 25. jeden Monats vorzunehmende Bezugsenerneuerung. Wir sehen noch von der Wiedereinführung des Vierteljahrsabonnements ab, einestils der materiellen Erleichterung wegen, andernteils um die jetzt wieder größere Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt unsererseits nicht zu erschweren durch Bindung an ein Vierteljahrsabonnement. Der „Korr.“ wird auch weiter zum Preise von 30 Pf. (davon 12 Pf. Bestellgebühr, wenn durch die Post ausgezogen) geliefert, obwohl er bei den in der vorigen Nummer an dieser Stelle erwähnten Umständen, falls noch weitere Verteuerungsmomente hinzutreten, wieder in die alte Rolle als Zuschußunternehmen verfallen kann. Nun mache man die außerordentliche Billigkeit des „Korr.“, die einem jeden Kollegen das Halten des Verbandesorgans ermöglicht, doch nicht hinfällig durch teure Nachbestellung infolge Vergesslichkeit! Zum 1. Juli wird der „Korr.“ von einigen weiteren Gauen obligatorisch eingeführt, da heißt es in den Druckorten aufpassen und rechtzeitig (bis zum 25. Juni) zur Post geben. Der „Korr.“ wird mit der nun einsetzenden Verbandstagsabstimmung für einen jeden noch unentbehrlich. Mit seinen jetzt 42 750 Abonnenten kann man sagen, daß keineswegs alle Kollegen diese Notwendigkeit beargüßeln haben.

Nachwuchswerte Beispiele. Anlässlich des Besitzwechsels des „Beobachters am Rhein“ in Kaffenburg, hat der bisherige Inhaber Herr Dr. Götz Weber zu an das gesamte Personal (etwa 40 Personen) Zuwendungen von 25 bis 100 M. an den einzelnen gemacht, wobei der größte Teil des Personals in den Besitz der höchstsumme gelangte.

Redaktionswechsel in der „Zeitschrift“? Als vom Deutschen Buchdrucker-Verein die großen Reformpläne mit der „Zeitschrift“ bekannt wurden, machten wir einmal die Bemerkung, die für den neuen Posten eines Hauptredakteurs ausersehene Persönlichkeit möchte nach den von den Vorgängern gemachten Erfahrungen nur gleich eine Rückfahrkarte mitführen. Von Mai an zeichnete dann ein Herr M. Petersen als Hauptredakteur. In Nr. 42 des „Korr.“ ließen wir diesen Herrn ebenfalls von der Bürgermeisterei kommen. Das war jedoch falsch; Herr Petersen kam aus einem Reichsministerium an die „Zeitschrift“. Wir vernahmen gar bald, daß der neue Mann nicht alt werden würde am Prinzipalsorgan; ihm gefiele es in seinem neuen Wirkungskreise gar nicht. Aus dem Impressum der „Zeitschrift“ ist Herr Petersen schon am 6. Juni verschwunden; es lautet wieder wie früher einfach: Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Schneider. Es ist danach anzunehmen, daß auch das dritte Experiment mit einem Hauptredakteur und Nichtbuchdrucker verunglückt ist. Das zweite mit Herbert Heise, der vordem dem längst entschlafenen Arbeitgebernverbänden Lille-Billenscher Vaterchaft die geistige Kraft beibrachte, hat auch nur einen Monat gedauert (2. Dezember 1921 bis 3. Januar 1922). Wer mag es nunmehr?

Verhältnisse sind Arbeitnehmer. Die „Zeitschrift“ berichtet über eine Streikfrage des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, dem übrigens der DVB. als Korporation angehört, mit dem Reichswirtschaftsminister über das Mitzählen der Lehrlinge bei der Besteuerung der Betriebe. Es findet ein Entschluß des Reichsfinanzministers Erwähnung, worin es heißt: „Bei der Frage, ob die den Lehrlingen als Kostgeld, Taschengeld oder unter anderer Bezeichnung vom Lehrherrn gewährten Bezüge der Einkommensteuer unterliegen, habe ich stets... die Ansicht vertreten, daß es sich hierbei um Arbeitslohn handelt. Ich habe mich damit der in Reichsrechnung und Wissenschaft vorkommenden, meines Erachtens sich deutlich aus der Systematik und den Vorschriften der Gewerbeordnung ergebenden Ansicht angeschlossen, daß der Lehrvertrag eine besondere Art des Dienstvertrags, der Lehrling zu Arbeitsleistungen verpflichtet und demgemäß als Arbeitnehmer anzusehen sei.“ Der DVB. hatte im Dezember bei den Tarifverhandlungen den Gehaltsstandpunkt bekämpft, daß die Lehrlinge mit ihren Arbeits- und Lohnverhältnissen (auch Gehalt) ebenfalls in den Tarif gehören; es sollte nur ein Erziehungsverhältnis. Vor dem Reichsarbeitsministerium wurde die Prinzipalvertretung mit

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehel

(60-jährige Verbandsjubiläen)

Kollege Julius Priemer in Sondershausen (Kondition: Fr. Aug. Eupel).
 Obermaschinenmeister Konrad Schmidt in Frankfurt a. M.

Allgemeine Rundschau

Unpünktliche Bestellung auf den „Korrespondent“ und ihre Folgen. Obwohl wir seit Monaten um oder schon vor Monatsmitte an dieser Stelle durch kurze Ausführungen die Notwendigkeit des Haltens wie der Bestellung auf das Verbandsorgan bis spätestens 25. des Monats bei der Post erkringen und dabei auch über den jetzigen Stand des „Korr.“ unterrichten, findet das leider nicht allgemeine Beachtung. Die Folge sind teure Nachbestellungen, unregelmäßige Zustellung, manchmal auch Unmöglichkeit der Nachlieferung der durch die Post nachträglich verlangten Exemplare, weil doch nicht Nachdruck von ein, zwei oder gar mehr Nummern erlassen kann. Dann Verdruß auf allen Seiten, nichtig weil immer noch geltend zu machen die erste, wie die zweite und die dritte Anforderung zur rechtzeitigen Erneuerung des Abonnements übersehen. Zustüßter erlösen nämlich jedesmal drei unterschiedliche Aufwändungen hintereinander. Ein älterer Kollege hat jetzt in einem

Die Übertragung der Tuberkulose

beschränkt sich fast ausschließlich auf das jugendliche Alter. Der Abwehrkampf gegen diese verhängnisvolle Krankheit muss also während der Wachstumsperiode geführt werden. Als sehr wirksam wird von den Ärzten Kieselwässer empfohlen. Kieselwässer ist in einer vom Körper leicht aufnehmbaren Form enthalten in den

Grifonal (D. R. P. a.) Kalk-Malz-Bonbons

die auch die für den Aufbau von Knochen, Muskeln, Gehirn Nerven und Körperzellen so wichtigen Stoffe Kalk und Phosphorsäure enthalten. In Apoth. u. Droger. nur in Origin.-Packung erhältlich. Umst. gegen Einwendung von I. G. M. durch Wiesmann & Co., Komm.-Ges., Würzburg-Gr. Nr. 32. Auf Wunsch Gralibrosch. „Bedeutung d. Kieselwässer bei Tuberkulose“.

Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker (Gau Erzgebirge-Vogtland)

Sonntag, den 15. Juni, in Plauen i. Vogtl.
Halbjahresversammlung
9 1/2 Uhr vormittags: Besichtigung der Bogisländischen Maschinenfabrik. Anschließend Versammlung in „Stadt-Gottha“, wo die Tagesordnung bekanntgegeben wird.
Treffpunkt 8 1/2 Uhr am oberen Bahnhof. Alle unsere Exerpte nach fernliehenden Stereotypenkollegen der umliegenden Tenstädter sind herzlich dazu eingeladen.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Schlesischer Maschinenfabrikerverein (Sitz Breslau)

Sonntag, den 22. Juni, vormittags 10 Uhr:
Wanderversammlung in Glogau
im Saale der „Vorwärts-Druckerei“.
Tagesordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Vortrag vom Kollegen Felix Eck (Weipzig) über „Maschinenverfragen“. 3. Der vierte Teuische Maschinenkongress; Beiträge, Aufstellen von Kandidaten. 4. Der Tarif. 5. Unse Statistik. 6. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: Gemeinsame Mittagstafel. (Gedeck 1,50 M.). Anmeldungen wegen Quartier und Mittagessen an Kollegen E. Hentschke, Glogau, Fernsdorfer Straße 17. — Nachmittags Jeler des jährlichen Stiftungsfestes des Maschinenfabrikervereins Glogau.
Wir erwarten nicht nur vollständige Beteiligung der Werke, sondern auch einen zahlreichen Besuch der schlesischen Mitglieder. Der Vorstand.

Kreis Berlin

der Maschinenmeistervereine Deutschlands
Die Kreiszentrale veranstaltet am Sonntag, dem 29. Juli, vormittags 10 Uhr, eine

Wanderversammlung in Werdera. d. S.

im Restaurant „Friedrichshöhe“ (schön gelegen).
Provisorische Tagesordnung:
1. Begrüßung und Eröffnung durch den Kreisvorsitzenden.
2. Technischer Vortrag. 3. Aussprache über unsere bevorstehenden Hamburger Kongress und eventuelle Anträge hierzu.
4. Verschiedenes.
Anschließend gemüthliches Beisammeln. Für gute Unterhaltung ist gesorgt. Familienangehörige und Verwandte Kollegen als Gäste willkommen.
Hierzu laden wir die Kollegen der Vereine Berlin, Potsdam und Brandenburg sowie die Kollegen der nächstgelegenen kleineren Druckorte freundlich ein und eruchen um rege Beteiligung.
Der Kreisvorkand.

Stereotypen- und Galvanoplastiker

Der unterzeichnete Verein veranstaltet am Sonntag, dem 22. Juni, eine

Wanderversammlung nach Halle a. d. S.

im „Volkspark“, Burgstraße 27, Melzer Saal. (Direkte Straßenbahnverbindung ab Bahnhof mit Linie 8.
Die Kollegen der Gauen An der Saale, Leipzig, Dresden, Erzgebirge-Vogtland und Thüringen werden eingeladen, sich hieran zahlreich zu beteiligen.
Tagesprogramm:
11 Uhr Eröffnung der Wanderversammlung durch den Vorsitzenden Kollegen R. Voetsche (Weilin). Begrüßung durch den Gauenvorsitzenden Hugo Köntig (Halle). Vortrag des Kollegen K. W. Schmidt (Weilin). Vorsitzender der Zentralkommission. Kurze Berichte der Gauen. Verschiedenes.
2 Uhr: Gemeinsame Mittagstafel (Gedeck 1 Mk.). 3 Uhr: Gemeinsamer Spaziergang. 6 Uhr: Gemüthliches Beisammeln im Kartellsaal, 1. Etage. Für humoristische und musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Den Kollegen einher anregende und frohe Stunden in kollegialem Kreise versprechend, heißen wir, Teilnehmer aus jedem Gau herzlich zu können.
Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker
Berlins und Umgegend.

Aktidenzsetzer

tüchtiger, koller Arbeiter, selbständig im Entwurf, sofort gesucht. Bewerbungen mit selbstgezeichneten Mustern an Adolf Huetz & Sohn, Berlin S 14, Stadtkirchstr. 6.

Tüchtige, fertige Linotypesetzer

gute Linotypesetzer mit langjähriger Praxis, zum sofortigen Eintritt gesucht. [600]
„Norddeutscher Anzeiger“, Schwarzl. I. M.

Linotypesetzer

1711
Druckerei Rudolf Meise, Berlin SW.

Erster Aktidenzsetzer

unverheiratet, sofort oder später in dauernde Stellung gesucht. [701]
Volksdruckerei G. m. b. H.,
Eicklin.

Tüchtiger, fertiger Anzeigersetzer

nur gute Kraft, sofort gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an [681]
„Norddeutscher Anzeiger“,
Jehoe I. Hoff.

Linotypesetzer

als Ferienaushilfe für etwa drei Wochen ab 2. Juli, event. auch in Halbtagsstellung, gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen an [710]
H. Jenne, Zeitungsverlag,
Berlin-Adenau.

Tüchtige Linotypesetzer

mit mehrjähriger Praxis und guten Leistungen gegen hohe Bezahlung sofort gesucht. Keypziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., [684]
„Keypziger Tageblatt“,
„Neue Keypziger Zeitung“.

Zwei tüchtige, selbständige Typographen

für A und B sofort gesucht. [697]
„Meerener Tageblatt“,
Meerane I. C.

Gewandter Typographsetzer

für L-Maschine zu sofort in angenehme Dauerstellung gesucht. Bezahlung über Tarif. Reisvergütung. [688]
„Mündener Zeitung“,
Münden I. W.

Tüchtiger Typographsetzer

(alle Motoren) gegen sehr gute Bezahlung möglichst für sofort gesucht. [687]
„Norddeutsches Echo“,
Orgau der K.P.D.,
Dresden, Kleine Fischerstr. 10.

Maschinenmeister

für Aktidenzdruckerei findet dauernde Beschäftigung. Ausführl. Zuschriften an Euphas Peters, Alenburg.

Monotypesetzer

guter Maschinist, in dauerlicher Stellung sofort gesucht. Buchdruckerei Cesar Kainzer, Leipzig, Königstraße 26 B.

Die ausgeführten Stellen für Aktidenz- und Insetzensetzer sind besetzt. Allen Wes werden besten Dank. [695]
Erhard Stallig,
Oldenburg I. C.

Jünger Schriftsetzer

tüchtig im Aktidenz-, Ta-bellen- und Insetzensatz, der an der Linotype ausbilden kann, sucht Stellung. Gest. Angebote unter Nr. 678 an die Geschäftsstelle d. V. L., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.



mit sechs Einheiten pro 1927. franko.
C. Kainzer, Schriftsetzer u. M.,
Königsplatz 10, Leipzig.

Tüchtiger Linotypesetzer

zu sofort gesucht. „Neue Freie Presse“, Hagen I. W. [603]

Erfahrener Monotypesetzer

(Druckerei), möglichst auch mit der Siebmacherei vertraut, sowie tüchtiger Schriftsetzer (Metteur), der mit Monotypesatz umzugehen weiß, gesucht. Bewerbungen mit genauen Angaben über feilschere Tätigkeit, Alter, Familienstand, Eintrittszeit und Lohnforderung erbeten. Sächsische Universitäts- und Buch- und Leinwanderei, Eicklin. [604]

Wir suchen für sofort für unsere mittlere Provinzdruckerei, die sich vornehmlich mit Herstellung bester Qualitätsarbeiten befasst

einen tüchtigen Seherstereotypen

hauptsächlich für Buchstereotypie, der auch kompliziertere Katalogseiten auszubringen vermag, sowie einen tüchtigen ersten Aktidenzsetzer der in seinem Fache Vorbildliches leistet und ausgeglichene Arbeit liefert. Bei Erfüllung dieser Bedingungen ist die Stellung dauernd und angenehm. Gest. Offerten mit Lohnansprüchen und Referenzabschriften erbeten unter Nr. 688 an die Geschäftsstelle d. V. L., Leipzig, Königstraße 7.

Drucker- oder Seherstereotypen

verlangt [680]
Druckerei Eicklin, Berlin SO 79,
Schmidstraße 21/22.

Tüchtiger, Aktidenz- (Werk- u. Insetzen-)setzer vorwärts. Am Zeitungsumbruch, 21 Jahre alt, wünscht sich zu verändern. Am liebsten, wo Gelegen. gebot. ist, sich an der Siebmacherei auszubilden. Gest. Ang. unter Nr. 691 an die Geschäftsstelle d. V. L., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Baukaufmann

28 Jahre alt, mit mehrjähriger Buchdruckereipraxis, sucht, geht auf gute Zeugnisse und Referenzen, passende Stellung in Druckerei oder Verlag. [704]
Gest. Offerten unter H. A. hauptpostlagernd Stuttgart.

Linotypesetzer

erfte Kraft, 24 jährige Praxis, ausgezeichn. Maschinenkennner, mit Lehrberecht. zum Abl. von Wehringen, seit 13 Jahren an Ideal in unges. Stell., wünscht sich in nur gutbezahlte Dauerstellung als Erster oder Zweiter zu veränd. Die Zeugnisse und Referenzen. Offerten mit Lohnangaben erbeten an [703]
P. Splering, Wilhelmshagen, Röhrestraße 30 II.

Schweizerdegen

eventuell auch als Seher, an Schnellpr. u. Tegel so in all. vork. Gagar. bewand., sucht [691]
Gest. Off. unter H. A. hauptpostlagernd Stuttgart.

Maschinenmeister

sich im Werk, Platten- und Aktidenzdruck, vertraut an Schnellpresse u. Tegel, sucht [692]
Gest. Offerten unter Nr. 698 an die Geschäftsstelle d. V. L., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Alle in Ihrer Druckerei

in brauchbar gewordenen Schwinkelhaken repariert in gemächl. Elektromechanische Industrie, G. m. b. H., [601]
München 41, Kraundstraße 2.

Fahwerkzeuge

in nur bester Qualität. Th. Zeitlins Nachfolger, Stuttgart, Postfach 418.

Schreibsehermittel a. Wader-regatta gest. 7,50 M., Vert. Stoff 10 m breit 1,20 M., Maschinenmeisteranzug aus echt blau pa. Käper, Jacke 6,50 M., Hose 6,50 M., Vest. Stoff 85 cm br. 1,60 M. vers. b. Vestell. von 10 M. an nach Maß portis- und spezial Haus Spezialf. für Berufsstell., Emil Kohlstedt, Dresden-III., Ritterstraße 2.

Rundschreib- Werkzeuge u. alle in Ihrer Druckerei

repariert in gemächl. Elektromechanische Industrie, G. m. b. H., [601]
München 41, Kraundstraße 2.

Schiff Verlag d. Bildungsverbandes d. Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8

Zum Johannisfest

Verinsabzeichen in den fünf Buchdruckerfarben, Größe Nr. 4: 50 Pf., Nr. 5: 75 Pf.

fünffarbig Band 14 mm Riss 3 M., Metall (Ladenband 3,75 M., 27 mm Metallbandband 6 M., per m. Verbandsnadel acht Emaille 1,25 M. K. Eicklin, München 9, Kolmsbushstraße 1.

Zubehörmaterial + Farben

Am 6. Juni verstarb unerwartet an einem Augenleiden unser lieber Kollege, der Drucker Friedrich Küfer im 40. Lebensjahre. Sein ganzes Wirken galt der Spartenbewegung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Maschinenmeisterverein Bremen.

Am 6. Juni verstarb nach langer Krankheit an Augenleiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister Friedrich Küfer aus Bremen, im Alter von 48 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Bremer Buchdruckerverein.

Am 1. Juni verschied unser wertiger Mitglieb, der Galvanoplastiker Paul Reuter im Alter von 51 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Verein Keypziger Stereotypen- und Galvanoplastiker.

Am 7. Juni verunglückte tödlich unser lieber Kollege, der Linotypesetzer Bruno Kerwien im 30. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Kollegen der Linotypesetzer Bruno Kerwien im 30. Lebensjahre. Die Kollegen werden sein Andenken in Ehren halten. Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.

Am 1. Juni verschied unser wertiger Mitglieb, der Galvanoplastiker Paul Reuter im Alter von 51 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Verein Keypziger Stereotypen- und Galvanoplastiker.

Am 7. Juni verunglückte tödlich unser lieber Kollege, der Linotypesetzer Bruno Kerwien im 30. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Kollegen der Linotypesetzer Bruno Kerwien im 30. Lebensjahre. Die Kollegen werden sein Andenken in Ehren halten. Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.



Schublehren mit typographischem Maß, 20 cm lang mit zwei oder drei Marken 6,70 M., 20 cm lang mit zwei oder drei Marken mit Nonius 6,50 M. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 8 III. (Postfachkonto 13430).

Johannisfest-Protoge 6 an der Zahl, für 10 M. franko. H. Eicklin, München 9, Kolmsbushstraße 1.